

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt u. d. Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. 6. Post M. 1.20 einchl. 18 3. Best.-Geb. 20 3. Zustellungsgeb.; d. Bg. 2. Anzeigenpreis: Die 10spalt. Millimeterzelle oder deren Raum 5 3. Restl. 15 3. M. 1.40 einchl. 20 3. Ausst.-Geb.; Einzel. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inl. höh. Gewalt 3. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Aboll. nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Einreib. od. Konfuzen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 6

Altensteig, Dienstag, den 8. Januar 1935

58. Jahrgang

Fünfzehn Jahre Versailles

(Zum 10. Januar 1935.)

Von Hans Eißermann.

Am 28. Juni 1919 setzten der Sozialdemokrat Hermann Müller und Dr. Bismarck den Namen unter das Diktat von Versailles und glaubten wohl, ebenso wie ihre Auftraggeber, das Kabinett Bauer und die Weimarer Nationalversammlung, damit dem deutschen Volke den Frieden zu bringen. Es war ein Tragikschuß. Nach sechseinhalb Monaten, bis zum 10. Januar 1920, dauerte es, ehe dieser „Friedensvertrag“ in Kraft trat. Das war die Folge jener Bestimmung, nach der erst die Ratifikationsurkunden von Deutschland und drei Großmächten in Paris niedergelegt sein mußten, ehe der „Vertrag“ Wirksamkeit erlangte.

Die Gegner hatten es damit nicht eilig. Ihnen gab der Zwischenzustand vielleicht noch mehr Rechte, während er Deutschland auch die länglichen vorenthielt, die man ihm, wollte man nicht allzu offen zeigen, welche grausamen Spott man mit dem Wort „Frieden“ getrieben, letzten Endes doch hatte einräumen müssen. Je später dieser „Vertrag“ in Kraft trat, um so später begannen die Kräfte zu laufen, an deren Ende für Deutschland die eine oder andere Erleichterung seiner Lage zu erwarten war.

Die längste dieser Fristen aber ist jene, die mit dem 10. Januar abläuft und deren Ende in eine Entscheidung von weltpolitischer Bedeutung ausmündet, in die Abstimmung an der Saar. Drei Tage später wird, was sich allen Einsichtigen schon längst als Spuk, auch alienmäßig aller Welt als größter Beitrag der Weltgeschichte offenbar geworden sein: die Lüge von den 150 000 Saarfrenzen.

Frankreich hat es nicht über sich gebracht, in gültiger Vereinbarung mit Deutschland einen Weg zu suchen, um der offensichtlichen Tatsache des Deutschstums der Saar ohne Abstimmung Rechnung zu tragen und so den unmittelbar Beteiligten wie der ganzen Welt Monate gefährlichster Spannung zu ersparen. Es hat auf seinem Schein bestanden: 15 Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Diktates Abstimmung an der Saar! Als Gewähr der Verträge behauptet es die Pflicht zu haben, über ihre strenge Erfüllung zu wachen. Aber das Leben der Völker, die geschichtliche Entwicklung, sie lassen sich nicht ewig in Fesseln halten, die ihnen 440 Artikel eines aus Haß und Rachsucht geborenen, mit menschlicher Vämmerlichkeit und Unvernunft verfaßten „Vertrages“ nach Wunsch seiner Schöpfer „für alle Zeiten“ angelegt haben.

15 Jahre Versailles, aber wieviele ist schon anders gekommen, als das Diktat es vorgegeben hatte! Nicht einmal von Deutschland allein gingen die Kräfte aus, die an der Unverletzlichkeit der Verträge rüttelten. Hier bei den Besiegten herrschte ja 13 Jahre lang ein System, das glaubte, durch peinliche Erfüllung aller Bestimmungen die Unmöglichkeit ihrer Durchführbarkeit beweisen und dann durch politische Handelsgeschäfte gegen neue Bindungen an der einen oder anderen Stellen eintauschen zu können. Und doch hätte den Vertretern dieses Gedankens schon bald die Erkenntnis kommen müssen, daß nicht Bereitwilligkeit zum Erfüllen, sondern Entschlossenheit zum Widerstand das Mittel war, um die Fesseln zu lösen. Die Tat eines mutigen Mannes schlug die erste Breche in die Unverletzlichkeit der Verträge. Noch war das Diktat keinen Monat lang in Kraft, als Graf Leroux, der Führer der deutschen Friedensdelegation, den Gegnern die Lippe der etwa 900 Kriegsverbrecher — unter ihnen Hindenburg, Tirpitz, Scheer, Wädenstein — mit der Erklärung zurückgab, kein deutscher Beamter würde an einer solchen Auslieferung mitwirken. Sogar die Nationalversammlung hatte sich seinerzeit geäußert, die entehrenden Artikel 227 bis 230, welche die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ vorsahen, anzunehmen, sich aber schließlich unter dem Einfluß Erzbergers den Drohungen der Feinde gebeugt. Dann aber, am denkwürdigen 3. Februar 1920, riß der mutige Schritt Leroux das ganze Volk zu einmütiger Empörung hin, und die Alliierten verzichteten auf die Durchführung dieser Artikel.

So zeigte sich schon damals, was der geschlossene Einsatz des Volkes für seine Ehre und sein Recht hätte erreichen können. Doch dieses erste war auch das letzte Mal für 13 lange Jahre, daß sich das gesamte deutsche Volk zur Einheitsfront gegen eine Bestimmung des Versailler Diktates auflehnte. Als sich 1923 beim Ruhrbruch noch einmal der Abwehrwille breitetester Kreise zeigte und sogar die Regierung den passiven Widerstand rückte, fanden sich auch so gleich Kräfte, welche diesen Willen schwächten und die sich stärker als die Regierung zeigten.

So kamen Dawes- und Youngplan, jene raffinierten Systeme zur wirtschaftlichen Ausbeutung und Ausblutung Deutschlands, kam der Eintritt in den Völkerbund und gegen dreimalige Bezahlung durch Zugeständnisse politischer und wirtschaftlicher Art, die Abtötung der Rheinlandsbefestigung. So trat aber auch ein, was die Erfüllungspolitikler ja als der Weisheit letzter Schluß betrachteten, nämlich der völlige Zusammenbruch des Wirtschaftslbens mit der Arbeitslosigkeit der 6 bis 7 Millionen.

Verständigung zwischen Mussolini und Laval

Die amtliche Mitteilung über die Besprechungen

Paris, 7. Jan. In Paris traf die Nachricht ein, daß zwischen Mussolini und Laval eine vollständige Einigung erzielt worden sei. Diese Nachricht wird von der französischen Presse mit größter Genugtuung aufgenommen, möchte man doch annehmen, daß jetzt die Freundschaft Frankreichs und Italiens, von jeder Hypothek und peinlichen Erinnerungen befreit, feierlich besiegelt worden sei. Der 6. Januar 1935 wird deshalb von der Presse als ein für die Befriedung der Völker geschichtlicher Tag gefeiert.

Nichtsdestoweniger bleibt der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ vorläufig abwartend. Auch er hält die französisch-italienische Annäherung für wünschenswert und solcher Opfer wert, die nicht Frankreichs Hauptbelange schädigen. Denn immerhin, so meint er, stehen gefährliche Jahre bevor, für die man sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien sichern sollte. Aber eine allgemeine dauernde Entente liege wohl außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, und Frankreich würde falsch handeln, ihr nachzulassen. Denn der dafür zu zahlende Preis dürfte den möglichen Nutzen weit übersteigen. Solange Italien nicht seinen Anteil an der Welt zu haben glaube, werde es stets mit Forderungen kommen. Damit müsse man sich abfinden, und deshalb sei es wesentlich, vorläufig zu bleiben. Vorläufig hält es das Blatt u. a., daß Laval sich auf eine Erdrückung der Abdrückungsfrage eingelassen habe.

Die einzigen positiven Unterlagen über die Abkommen, die am Montag in Rom unterzeichnet werden sollen, liefert vorläufig nur der römische Sonderberichterstatter der Hannoverschen. Danach seien folgende diplomatische Schriftstücke zu erwarten:

1. ein Protokoll, das die Gleichheit der Ansichten beider Regierungen über die Hauptfragen der allgemeinen Politik feststellt; dieses Protokoll soll zur Veröffentlichung durch die Presse freigegeben werden.
2. Eine Empfehlung Frankreichs und Italiens an die Nachbar- und Nachfolgestaaten Österreichs (Deutschland, Dänemark, Ungarn, die Tschechoslowakei, Südlawien, Polen, Rumänien) ein Abkommen abzuschließen, durch das die gegenseitige Achtung ihrer Grenzen und die Nicht-Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten gewährleistet werden soll.
3. Ein Konventionssatz, durch den Frankreich und Italien sich verpflichten, sich bei den Ereignissen, die Österreichs Unabhängigkeit bedrohen, ins Benehmen zu setzen. Deutschland, Ungarn, die Tschechoslowakei, Südlawien, Polen und Rumänien sollen zur Teilnahme an diesem Satz eingeladen werden.
4. Ein Abkommen zur Regelung der französisch-italienischen Kolonialfragen in Nordafrika.

Eine dritte Unterredung Mussolini-Laval brachte die Einigung

Rom, 7. Jan. Die italienisch-französischen Verhandlungen sind in der Nacht zum Montag so weit abgeschlossen. Mussolini und Laval hatten in der französischen Botschaft im Anschluß an das Essen zu Ehren Mussolinis eine dritte Unterredung, bei der in einer zweistündigen, unter vier Augen erfolgten Aussprache eine grundsätzliche Einigung erzielt wurde. Auch die juristisch-technischen Verhandlungen zwischen den Sachverständigen des französischen und des italienischen Außenministeriums haben in der Nacht zu einer grundsätzlichen Einigung geführt, die am heutigen Montag nach hellenweiser Umarbeitung und Anpassung der vorliegenden Texte ihre endgültige Formulierung finden sollen.

Letzte Unterredung zwischen Mussolini und Laval

Die amtliche Mitteilung über die Besprechungen

Rom, 7. Januar. Laval und Mussolini haben am Montagabend nach einer letzten dreiviertelstündigen Unterredung um 8 Uhr die Unterzeichnung der italienisch-französischen Vereinbarungen vorgenommen. Ueber das Er-

gebnis der Verhandlungen der letzten Tage ist folgende Mitteilung ausgegeben worden: „Die französisch-italienischen Verhandlungen sind vom italienischen Regierungschef und dem französischen Außenminister abgeschlossen worden, sie haben Vereinbarungen über die Interessen der beiden Länder in Afrika und Altensüdamerika unterzeichnet, die die Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte ihrer Regierungen über Fragen europäischen Charakters registrierten. Sie haben die Übereinstimmung der beiden Regierungen über die Notwendigkeit einer mehrseitigen Verständigung über die Fragen Mitteleuropas festgestellt, und sind übereingekommen, daß die von ihnen angenommene Auffassung so schnell wie möglich der Prüfung der interessierten Staaten unterbreitet wird; sie sind ferner übereingekommen, daß sie im Hinblick auf den erwarteten Abschluß dieser mehrseitigen Verständigung gemeinsam im Geiste eben dieser Verständigung alle Maßnahmen prüfen werden, die die Lage erleichtern könnten.“

Mussolini vor der französischen Presse

Rom, 7. Januar. Nach der Unterzeichnung der französisch-italienischen Vereinbarung hat Mussolini die zur Zeit in Rom weilenden französischen Pressevertreter, 50 an der Zahl, empfangen.

Zwei Kategorien von Fragen, führte Mussolini aus, ständen zur Behandlung: Einmal die eigentlichen französisch-italienischen Fragen und dann die Fragen allgemeinen Charakters, d. h. europäischen und deshalb auch unterirdischen Charakters. Eine dauerhafte Verständigung wäre nicht möglich gewesen, wenn sie nur die allgemeinen Fragen betroffen hätte und die seit dem Kriege verstreuten italienisch-französischen Fragen ungelöst gelassen hätte. Andererseits wäre sie unzureichend gewesen, wenn in den allgemeinen Fragen die Meinungsverschiedenheiten weiter bestanden hätten. Laval und er hätten sich hartnäckig das Ziel gesetzt, zu einer vollen Verständigung zu gelangen, und sie hätten dieses Ziel erreicht.

Auch auf dem Gebiet der allgemeinen europäischen Politik seien heute Vereinbarungen unterzeichnet worden, in denen die gemeinsame französisch-italienische Haltung für möglicherweise eintretende Fälle festgelegt werde, und das sei sehr wichtig. Diese französisch-italienischen Abmachungen allgemeinen Charakters hätten, wie auch Laval erklärt habe, keine Spitze gegen irgend jemand. Sie seien in und mit der Hoffnung geschaffen, daß sie nicht zur Einengung, sondern zur Erweiterung des europäischen Horizontes dienen.

Schließlich warnte Mussolini vor einem übertriebenen Optimismus. Man dürfe nicht glauben, daß alles getan sei; auch die Freundschaft wolle gepflegt sein. Das Schicksalsjahr 1935 beginne unter dem glücklichen Vorzeichen der italienisch-französischen Vereinbarung.

Laval vor der italienischen Presse

Rom, 8. Januar. Außenminister Laval bestätigte in seinen Erklärungen an die italienische Presse im wesentlichen die Darlegungen Mussolinis über die italienisch-französischen Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen, so sagte Laval, stellten mit der zwischen den beiden Ländern nunmehr verwirklichten Verständigung ein positives Ergebnis dar und würden künftig die Politik der Freundschaft, die die Beziehungen der beiden Länder beherrschen müsse, erleichtern. Die Abmachungen über die afrikanischen Fragen seien gerecht und dürften, wie er hoffe, günstig aufgenommen werden. Keines der beiden Länder habe wesentliche Interessen geopfert. Von jetzt ab könnten Italien und Frankreich ohne Hintergedanken und in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens frei an die Prüfung aller Fragen herangehen, die die Aufmerksamkeit aller auf die Aufrechterhaltung der europäischen Ordnung bedachten Regierungen erforderten. Die Gesichtspunkte Italiens und Frankreichs über die in Europa zu befolgende Politik, seien in Übereinstimmung gebracht worden; das unterzeichnete Protokoll werde zu den wichtigsten diplomatischen Aktenstücken zählen. Nichts solle verjäumt werden, was zur Verwirklichung der Vereinbarungen beitragen könne. Die Aufgabe aller interessierten Staaten sei erleichtert worden durch den Geist der Unparteilichkeit und Objektivität, in dem die römischen Verhandlungen geführt worden seien. Diese Politik sei gegen niemand gerichtet und diene allen Regierungen auf dem Boden der „moralischen Gleichberechtigung“ die Möglichkeit zur Mitarbeit an der Organisation des Friedens. Er habe die feste Zuversicht, daß der von Rom ausgehende Appell gehört werde.



Französischer Kredit an Italien?

Paris, 7. Jan. In gewöhnlich gut unterrichteten Pariser Kreisen glaubt man zu wissen, daß in Rom neben den eigentlichen politischen Verhandlungen auch finanzielle Belpreschungen geführt werden mit dem Zweck, dem italienischen Markt frisches Geld zuzuführen. Angeblich soll es sich hierbei um eine ziemlich beträchtliche Summe handeln, die zum Teil in Form einer Krediteröffnung der Bank von Frankreich an die italienische Staatsbank, zum anderen Teil durch die Einführung italienischer Renten auf dem französischen Markt aufgebracht werden soll. Man glaubt hier zu wissen, daß wenn diese Besprechungen zum Abschluß kommen, die Bank von Frankreich sofort einen Kredit in Höhe von 1 Milliarde Franken erteilen würde. Weitere 3 Milliarden sollen dann später flüssig gemacht werden.

Göbbels für deutsch-französische Verständigung

Berlin, 7. Jan. Am Sonntag vormittag wurde in Berlin die große Saar-Ausstellung eröffnet, dies in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes untergebracht ist. Bei der Feier hielt Reichsminister Dr. Göbbels eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Allen wirklichen Friedensstreben bereitet es eine besondere Genugung, als vor einigen Wochen die Saarfrage durch die scheinbar unmöglichen aus der Atmosphäre gefährlicher politischer Ueberhebungen herausgenommen und wieder auf die Basis einer vernünftigen und leidenschaftslosen Betrachtung gestellt wurde. Die Frage selbst erliefte damit eine Entspannung, die uns auch für keine endgültige Lösung die besten Hoffnungen gibt, vor allem im Hinblick darauf, daß der Führer des ästereu betont hat, daß es nach Regelung dieser Frage zwischen Deutschland und Frankreich keine gewaltigen Streitfragen mehr geben soll. (Beifall) Wunsch und Wirklichkeit stimmen hier also in einem seltenen Maße überein. Es liegt jetzt beim Saarvolk selbst, durch die Abstimmung am kommenden Sonntag eine feste, unverrückbare und unabänderliche Tatsache zu schaffen, die endgültig diesen heiklen und gefährlichen Diskussionsstoff aus der weltpolitischen Debatte entfernt. Dazu einen gewichtigen Beitrag hinzustellen ist Sinn und Aufgabe der Ausstellung, die wir am heutigen Tage eröffnen.

Am 13. Januar kann die Epoche vieler Jahrhunderte liquidiert werden, die ihren Ausdruck fand im ewigen Haß und Krieg zweier großer Nationen, die das Schicksal Seite an Seite in den Kernraum Europas gestellt hat. Das ist der wahre und tiefe Sinn dieser Volksabstimmung. So kann das Saargebiet, das ursprünglich als Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich gedacht war, in Wirklichkeit zur Brücke werden, auf der endlich diese beiden Völker zueinander gelangen mögen, um sich Holz und voll Achtung gegenseitig die Hand zu reichen. Es ist die geschichtliche Möglichkeit gegeben, in diesem entscheidungsvollen Augenblick den unseligen Jahrhundertenlang Nachhakenkampf, der die ganze europäische Geschichte der Neuzeit verwirrt und gefährdet hat, endgültig abzubrechen und eine neue Phase deutsch-französischer Zusammenarbeit aufzunehmen, die ganz Europa nur zum Segen gereichen kann. (Anhaltender stürmischer Beifall) Noch einmal ist jetzt die Möglichkeit in die Hände dieser beiden Nationen und die ihrer Staatsmänner gelegt, im Zeichen einer gemeinsamen Mission zur Begründung eines neuen, geordneten Europas eine Epoche der positiven Zusammenarbeit in die Wege zu leiten. (Wiederholter Beifall) Wenn das gelingt, dann hat auch der Weltkrieg seinen eigentlichen historischen Sinn erhalten, denn wollte er nicht mehr, als nur die weitere Befestigung dieser beiden Nationen in blutigen Kriegen nach sich ziehen, wo sollte der Sinn dieser furchtbaren Verewüstlung zu finden sein?

Was an uns liegt, so sind wir gewillt und entschlossen, aus der historischen Stunde, vor der wir stehen, würdig zu erwachen und endgültig die Vergangenheit zu bestrafen, um eine neue friedliche Zukunft zu beginnen. In der Verständigung liegt die Ordnung, im Krieg liegt Zerrörung und endgültiger Untergang. Eine dritte Möglichkeit ist Europa nicht gegeben. Deutschland und Frankreich haben die furchtbare Probe des Weltkrieges in Ehren bestanden. Wenn auch der Krieg nicht Freundschaft zwischen ihren Völkern begründet hat, er kann Achtung voreinander hinterlassen. Diese Verständigung aber wird nur von Dauer sein und Bestand haben, wenn sie auf der Grundlage gleicher nationaler Lebens- und Erziehung erfolgt.

Verfassungsverbot ab 10. Januar im Saargebiet

Saarbrücken, 7. Jan. Die Abstimmungscommission hat in Uebereinstimmung mit der Regierungskommission eine Verordnung erlassen nach der die Verankertung öffentlicher oder geschlossener Versammlungen, auch solcher zu geistlichen Zwecken, soweit diese in Orten oder in Räumlichkeiten stattfinden, die dem Publikum gewöhnlich zugänglich sind, vom 10. Januar ab bis zum Zeitpunkt der amtlichen Bekanntgabe des Abstimmungsresultates verboten sind. Von dieser Regelung sind jedoch Theater- und Lichtspieltheateraufführungen ausgenommen.

Strenge Kälte in Schlesien

Breslau, 7. Jan. Durch den Vorstoß arktischer Kaltluftmassen sind die Temperaturen in Schlesien erheblich zurückgegangen. Aus einer Reihe von Gebirgsorten werden bereits Temperaturen bis zu 13 Grad Kälte gemeldet. Da fast überall weitere Neuschnee gefallen ist, sind die Sportmöglichkeiten für Ski und Hobei gut. Die Wetterwarte Breslau-Krieteru teilt mit, daß in den nächsten Tagen strenge Kälte zu erwarten ist.

Eisenbahnunfall in der Comjunion

Moskau, 7. Jan. In der Nacht zum 6. Januar sind auf der Strecke Moskau—Veningrad die Schnellzüge 25 und 27 zusammengestoßen. Mehrere Personenwagen wurden zertrümmert. Ueber die Zahl der Toten sind amtliche Mitteilungen noch nicht erfolgt, doch befürchtet man, daß die Zahl der Todesopfer recht beträchtlich sein wird, da beide Züge hart besetzt waren.

Japan-Reise des Kaisers von Mandchukuo

Tokio, 7. Jan. In japanischen politischen Kreisen mißt man der geplanten Zusammenkunft des mandchurischen Kaisers mit dem Kaiser von Japan, die Anfang April in Tokio zu erwarten ist, große Bedeutung bei. Die Besprechungen über eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder werden in diesen Tagen namentlich offiziell aufgenommen werden.

Uebergabe der württ. Justizverwaltung an das Reich

Stuttgart, 7. Jan. Am Montag wurde mit einem feierlichen Akt und in Anwesenheit des Reichsjustizministers Dr. Gürtner die Uebernahme der württ. Justizverwaltung auf das Reich vollzogen. Dieser Tag gilt fortan als Markstein in der fast 120 Jahre alten Geschichte der württ. Justiz, die er würdig abschließt und der zugleich davon Zeugnis ablegt, daß der nationalsozialistische Staat das erreicht hat, was vergangene Zeiten nicht vollbringen konnten, nämlich die Schaffung einer einheitlichen, organisch aufgebauten Reichsjustiz.

Zu dem Staatsakt, der im großen Sitzungssaal der früheren Erden-Kammer stattfand, hatten sich mit dem Reichsminister eingeladen Staatssekretär Dr. Schlegelberger, die Ministerialräte Dr. Sauer und Wagner als Sachbearbeiter für die Vertretung des Reichs, der persönliche Referent des Ministers, Oberregierungsrat Dr. von Dohnano, Ministerialdirektor Thieling und Oberregierungsrat Dr. Dörner. Ferner waren als Vertreter der württ. Regierung anwesend Reichshofrat Dr. Murr, Ministerpräsident Bergenthaler, Finanzminister Dr. Dehlinger, Justiz- und Innenminister Dr. Schmid, Wirtschaftsminister Dr. Rehmich, Staatssekretär Waldmann, stellv. Gauleiter Schmidt, Ministerialdirektor Dill. Außerdem waren der württ. Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Boeler, Oberbürgermeister Dr. Strölin, die höheren Beamten der württembergischen Justizverwaltung und die des leitenden württ. Justizministeriums zugegen. Der Akt wurde eingeleitet mit einer Begrüßungsansprache des letzten württembergischen Justizministers, Innenminister Dr. Schmidt.

Auch Reichshofrat Dr. Murr ging aus von der für die württembergische Justizverwaltung so wichtigen geschichtlichen Stunde, die durch die erfolgte Uebernahme an das Reich eingetreten ist. In einem kurzen historischen Rückblick wies der Reichshofrat darauf hin, daß der Traum der deutschen Einheit so alt sei wie die deutsche Geschichte. Kaiser und Könige hätten sie nicht vermocht und auch im Bismarckschen Reich, das ein wichtiger Schritt zur Einheit gewesen sei, seien immer noch Völkervereinigungen stehen geblieben mit besonderen Interessen und den daraus entlebenden Gefahren. Diese Gefahren habe für alle Zeiten Adolf Hitler beseitigt. Erst das Dritte Reich und der Nationalsozialismus habe selbstherrliche Landesregierungen entfernt und die Zentralgewalt eingesetzt.

Hierauf sprach der letzte württ. Justizminister, Innenminister Dr. Schmidt, über das letzte Stück Weges, das die württembergische Justizverwaltung zurückgelegt. 129 Jahre habe sie, die am 12. Februar 1806 ins Leben gerufen worden sei, bestanden. Während dieser Zeit sei eine Unsumme von Arbeit geleistet worden und wenn heute Württemberg als das klassische Land der Ordnung bezeichnet werden könne, so sei dies nicht zuletzt auch der Arbeit zu verdanken, die im württembergischen Justizministerium all die Jahre hindurch geleistet worden sei. In Verehrung und Dankbarkeit gedachte der Minister all der Mitarbeiter, die ihm in der Leitung des Ministeriums vorausgegangen waren. Er griff, ohne damit ein Werturteil abgeben zu wollen, besonders die Verdienste der ehemaligen württ. Justizminister von Schwab von Gröber, von Wächter-Spittler, Freiherr von Neutath, Wittmann und von Haber heraus. Die württ. Justizverwaltung könne auf eine stolze Vergangenheit zurückblicken. Der Minister betonte, daß er dem Reichsminister mit der württ. Justizverwaltung einen wertvollen Schatz übergebe und beklugwünschte ihn hierzu. Die württ. Justizverwaltung werde ihm sicher viel Freude bereiten und ihm treu zur Seite stehen. Sie werde in dem Reichsjustizministerium einen ausgezeichneten Fachkennner mit hohen menschlichen Eigenschaften. Zum Schluß seiner Rede dankte er allen Beamten der Justizverwaltung und übergab lebhafte mit freudigem Herzen und mit der Feststellung, daß die Schwaben an erster Stelle stehen, wenn es sich wie hier um eine Verwirklichung handle.

Alsdann erfolgte die Uebernahme der Justizverwaltung durch Reichsjustizminister Dr. Gürtner. Er erinnerte daran, daß nachdem im Jahre 1918 die alte Form des Reiches zerbrach und die alte Reichsverfassung außer Kraft trat, sofort das große Problem, dem neuen Reich eine Grundform zu geben, begann. All die Jahre, so führte er aus, die hinter uns liegen, sind angefüllt mit Verhandlungen, Denkschriften und Reden über die Lösung dieser Frage. Es sind langatmige Konferenzen gehalten worden zwischen dem Reich und den Bundesstaaten untereinander. Und doch konnte die Frage nach einer neuen Grundform des Reiches nicht gelöst werden. Der Grund war der, daß es keine politische Idee gab, die sich mit dieser Frage überhaupt beschäftigte, sondern die Reichsreform war der Gegenstand des Streites zwischen den Parteien einerseits und zwischen der Staatsgewalt andererseits. Der Nationalsozialismus hatte in seiner politischen Geburtsstunde schon über die Frage der Grundform des neuen Reiches eine eindeutige und unumkehrbare Haltung eingenommen. Die Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach einem einheitlichen Reich, nach einem Zusammenwachsen des deutschen Volkes über alle politischen und sonstigen Grenzen hinaus hatte im nationalsozialistischen Programm die Form angenommen, daß das Deutsche Reich ein einheitliches Hoheits- und Verwaltungsgebiet werden müsse. Noch niemals hatte eine andere Partei so unbedingte und so uneingeschränkt die Forderung nach dem Einheitsreich erhoben. Es ist infolgedessen ganz selbstverständlich zu sagen, daß die Entscheidung über die Grundform des Deutschen Reiches an dem Tage gefallen ist, an dem der Nationalsozialismus an die Macht kam und der Führer Adolf Hitler Reichskanzler wurde. In dieser Stunde ist die Frage entschieden worden, die uns heute hier zusammenführt. Der heutige Tag ist nichts anderes als der Vollzug eines Willens, der ganz eindeutig durch den Führer am 30. Januar 1933 zum Siege gekommen war.

Die Arbeit, die damals von den Ländern geleistet worden ist, verwirrt und verpflichtet mich heute, allen, die damals mitgewirkt haben, die ersten Schritte zu ebnen, meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Das Tempo und die Methode der praktischen Verwirklichung der Justiz im Reich hat sich nun in der

Eine Heimatzeitung

im wahren Sinne des Wortes ist die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“. Sie berichtet über die örtlichen Begebenheiten von Stadt und Land und bietet einen gediegenen Lesestoff. Wer seine Heimat liebt und schätzt, muß die Schwarzwälder Tageszeitung lesen!

gegenzeitig trittlich etwas anders gestaltet. Und zwar ist das zurückzuführen auf einen aus eigener Initiative gefassten Entschluß des Kanzlers im Juni 1934, wonach er, von niemanden beeinflusst, von niemanden beraten, dem Reichsjustizminister die Führung der preussischen Justizverwaltung übertrug. Nach drei Monaten war es möglich, die beiden Justizverwaltungsorgane des Reiches und Preußens auch organisch zu vereinigen, und damit war die Voraussetzung erfüllt, namentlich den Auftrag des Führers ohne Zeitverwäumnis in die Tat umzusetzen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß heute die Uebernahme einer Verwaltung auf das Reich völlig frei ist und frei sein muß von dem Nebengedanken, als ob es sich hier um eine Auseinandersetzung über Machtbefugnisse handle. Ich möchte auch hier daran erinnern, daß die Uebernahme der Justizverwaltung auf das Reich unter keinen Umständen bedeutet, daß die Reichsjustizstelle namentlich etwa nach dem Grundgesetzverfahren würde. Welche Geschäfte kann ich an mich raffen, oder welche neue Zuständigkeiten sind zu schaffen. Es wird daher den Ländern, die nicht mehr als eine Justizstellenstelle besitzen, die zukünftige Entwicklung zeigen, daß es zunächst zu einer Zentralisation der Geschäfte kommt. Es ist überflüssig, mit langen Worten darauf hinzuweisen, daß das künftige Reichsjustizministerium natürlich auch personell ein Querschnitt durch die gesamte deutsche Juristenchaft sein muß, daß die Ministerialbeamten der früheren Landesjustizministerien Gegenstand unterer ganz besonderen Fürsorge und Sorgfalt sein müssen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Auszeiten der Beamten eine Gewähr für die Durchführung der bevorstehenden Aufgaben bietet. Es ist selbstverständlich, daß mit der Uebernahme der Justizverwaltung der Länder kein Nachteil irgendwelcher Art für die Landesministerialbeamten verbunden sein darf. Es ist ein sehr hoher Prozentsatz unserer Volksgenossen, die den größten Teil von Deutschland überhaupt noch nicht kennen. Der Jurist soll dazu Gelegenheit haben, und wenn er erst keine Wanderjahre verliert und den Wunsch hat, in seine Heimat zurückzuführen, so soll ihm dieser nach Möglichkeit erfüllt werden, weil wir der Ueberzeugung sind, daß er dann als ein brauchbarer und besserer Mann zurückkommt. Wenn ich heute aus den Händen des württ. Justizministers die Leitung der Geschäfte auch für die württ. Justizverwaltung übernehme, so tue ich das in dankbarem Gedenken nicht bloß an die persönlichen Leistungen der jetzt lebenden Beamten in der Justizverwaltung, sondern auch in ehrwürdiger Erinnerung an all die großen Leistungen, die Württemberg und die vielen anderen Völkerverwaltungen besonders im letzten Jahrhundert vollbracht haben, und die wir heute als Vorarbeiten für die deutsche Rechts- und Reichseinheit bewerten müssen. Der Reichsminister wandte sich hierauf an Ministerialdirektor Dr. Thieling: Ich habe in Fortführung der Geschäfte zum Zweck ihrer Ueberleitung bis heute in Ihre Hände gefast. Ich tue das mit dem gleichen Vertrauen, mit dem ich Ihre Wirksamkeit im preussischen Justizministerium verfolgen konnte. Ich bitte Sie, mit dem gleichen Vertrauen auch gegenüber dem württembergischen Staat Ihr Amt zu führen und sich selbst bewußt zu bleiben, daß das, was hier administrativ zu geschehen hat, im großen und ganzen keinen Schwierigkeiten begegnen wird, weil das Werk, das wir gemeinsam schaffen müssen, aus gemeinsamen Ideen entspringt.

Dann dankte der Beauftragte des Reichsjustizministers, Ministerialdirektor Dr. Thieling, dem Reichsjustizminister für seine Einführung. Er stellte die große Verantwortlichkeit heraus, die ihm zuteil geworden ist. Er baue auf die tatkräftige Mitarbeit der Justizbeamten, deren Unterstützung er erbitte. Auch die Regierung bitte er um Vertrauen und Unterstützung. Der feierliche Akt wurde mit einer Schlussansprache von Innenminister Dr. Schmidt beendet, der betonte, daß die vollzogene Handlung dem Willen des Führers entspreche. Der Festakt klang aus in ein von dem Minister ausgebrachtes dreifaches Siegfheil auf den Führer Deutschlands, Adolf Hitler.

Stuttgart, 7. Jan. Aus Anlaß der Uebernahme der württ. Justizverwaltung auf das Reich fand ein Presseempfang statt, bei dem der Presseferent des Reichsjustizministeriums, Oberregierungsrat Dr. Dörner, im Namen des Reichsjustizministers die württembergische Presse begrüßte, um dann in großen Zügen ein Bild von der Bedeutung der Vereinheitlichung des deutschen Rechtswesens zu entwerfen. Durch das neue Reich vom 5. Dezember 1934 werden die Justizverwaltungen des Reiches und der Länder in der Spitze zu einer einheitlichen Reichsjustizverwaltung geeinigt. Bis das Endziel der Reichsreform — der tatsächliche Uebergang der Justizverwaltungen von den Ländern auf das Reich konnte noch nicht überall vollständig durchgeführt werden — erreicht ist, seien dem Reichsminister der Justiz für einige wenige Länder, darunter auch Württemberg, Beauftragte bestellt worden, für Württemberg bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Thieling, der bei seiner Arbeit von Ministerialrat Willers unterstützt werde. Ihre Bestellung sei vorübergehender Natur und ihr Geschäftsbereich weitestlich beschränkter als der des bisherigen württ. Justizministeriums. Ihre Aufgaben liegen lediglich auf dem Gebiete der Personalverwaltung und der Betreuung der Justizpflege. Mit der fortgeschrittenen Verwirklichung der Justiz und dem allmählichen Abbau der Beauftragten des Reichsjustizministers sei jedoch, so betonte Dr. Dörner, keine schematische Zentralisierung sämtlicher Justizgeschäfte in Berlin verbunden. Man wolle das Reichsjustizministerium nicht zu einem leeren Großbetrieb machen. Die Entwicklung sei denn auch auf eine weitgehende Uebertragung von Zuständigkeiten auf die Heimatbehörden, die Präsidenten der Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwälte, zum Teil auch an nachgeordnete Behörden, gerichtet. Nur so werde eine vollverbundene Justiz erreicht und sichergestellt. Darüber hinaus werde der Stammeigenenschaft der deutschen Länder Rechnung getragen, auch auf dem Gebiete der Personalverwaltung. Es müsse in diesem Zusammenhang klar ausgesprochen werden, daß keinerlei Grund zu irgend einer Beunruhigung für die Justizbeamten Württembergs bestehe. Soweit das württ. Justizministerium in Frage komme, werde der größte Teil der bisherigen Sachbearbeiter in die Reichsjustizverwaltung nach Berlin übernommen werden können. Auf diese Weise werde es möglich sein, daß das Reichsjustizministerium die besten juristischen Köpfe aus dem ganzen Deutschen Reich in sich vereinige. Nebenverschiebungen von Beamten von einem Land in das andere kämen nicht in Frage. Eine Ausnahme hiervon mache nur der juristische Nachwuchs, der aus erzieherischen Gründen einze Wanderjahre auf sich zu nehmen habe. Wichtiger als alle Umorganisation der deutschen Rechtspflege sei, so betonte der Presseferent am Schluß seiner Ausführungen, der Geist, der bei den

Der neue amerikanische Staatshaushalt

Erheblicher Fehlbetrag

Washington, 7. Jan. Am Montag wurde in beiden Häusern des Kongresses Roosevelts Vorschlag zum neuen Bundeshaushalt vorgelesen. Die Ausgaben für 1934 betragen 7105 Millionen Dollar, die Einnahmen 3115 Millionen; die Ausgaben im laufenden Etatsjahr 1935 werden auf 8581 Millionen geschätzt, die Einnahmen auf 3712 Millionen; für 1936 errechnet man die Ausgaben auf 8520, die Einnahmen mit 3992 Millionen Dollar. Alle drei Haushaltsjahre der Roosevelt-Regierung haben also mit hohen Fehlbeträgen abgegeschlossen, die zwischen 4 und 5 Milliarden Dollar jährlich schwanken; die öffentliche Verschuldung der Bundesregierung Ende Juni 1936 dürfte über 34 Milliarden betragen.

In seiner Vortragsrede gibt Präsident Roosevelt zu, daß seine Hoffnung, im dritten Etatsjahr seiner Regierungszeit Ausgaben und Einnahmen auszugleichen, sich nicht habe verwirklichen lassen. Schuld daran sei vor allem die immer noch hohe Arbeitslosigkeit, die den außerordentlichen Haushalt nicht wesentlich habe verringern lassen. Dagegen schließt der ordentliche Haushalt mit einem kleinen Überschuß ab. Er verspricht, daß, abgesehen von Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung, künftig jede Ausgabe durch entsprechende Einnahmen voll gedeckt sein werde.

Zum Wehrhaushalt bemerkt Präsident Roosevelt in seiner Vortragsrede u. a., daß nicht nur das Heer eine moderne Ausrüstung brauche, daß die Vereinigten Staaten vielmehr davon gehen müßten, die Verzögerung aufzuheben, die unter den früheren Regierungen in der Ausführung der Flottenverträge von 1922 und 1930 eingetreten sei, d. h. mit anderen Worten: Präsident Roosevelt benachrichtigt Japan, daß er entschlossen sei, bis zur Höchstgrenze dieser Verträge aufzurufen, da sich eine Einigung mit Japan über eine Herabsetzung der Seerüstungen nicht erzielen ließ. Für die Fortsetzung des Baues von 20 im Haushaltsjahr 1935 begonnenen und für die Kiellegung von 24 neuen Kriegsschiffen (Kreuzer, Zerstörer, U-Boote, Flugzeugträger) sind 140 Millionen Dollar angelegt; für den Bau von Marineflugzeugen 35 Millionen Dollar. Das Heer hat wiederum über 500 neue Flugzeuge angefordert, um am Ende des Haushaltsjahres 1936 über eine Luftflotte von 1325 Flugzeugen zu verfügen.

Im übrigen halte er den Bundeshaushalt nach wie vor für gesund; er schlägt größte Sparlichkeit im ordentlichen Haushalt vor, sowie Beibehaltung aller im Vorjahre beschlossenen indirekten Steuern, außer der Schenksteuer, die sich als zu unpopulär erwiesen habe.

Ritte in der Sowjetunion

Moskau, 7. Jan. Am Sonntag und in der Nacht zum Montag dauerte in der Sowjetunion die strenge Kälte an. In Moskau wurden 33 in Tscheljabinsk 45, in Wjatigorsk 25 und auf der Halbinsel Krim 19 Grad Celsius unter Null gemessen. Hingegen wird aus der Arktis, so z. B. von Nowaja Semlja und aus Matotschkin-Schar verhältnismäßig warme Witterung gemeldet; die Temperaturen liegen dort nur einige Grad unter Null.

Der Sängers Kiecura ist mer erkrankt

Wien, 7. Jan. Wie die Wiener Blätter melden, ist der berühmte Sängers Jan Kiecura in Krpnica in Polen an einem schweren Halsleiden lebensgefährlich erkrankt. In der Nacht zum Montag wurde durch den Sekretär Kiecuras der Wiener Halsspezialist Primarius Dr. Tschahagn an das Krankenlager des Sängers gerufen. Gleichzeitig wurde die polnische Gesandtschaft in Wien telefonisch erucht, die sofortige Einreisebewilligung für Dr. Tschahagn nach Polen zu bewirken.

Enthliche Jugend bei Ministerpräsident Göring

Berchtesgaden, 7. Jan. Am Abschlussstage des deutsch-englischen Jugendlagers das diesmal in Berchtesgaden abgehalten worden ist wurden die deutschen und englischen Teilnehmer von Ministerpräsident Göring auf dem Oberfalsberg begrüßt. Ministerpräsident Göring sprach sehr anerkennende Worte für die wertvolle ständige Arbeit dieser Lager. Die deutschen und die englischen Teilnehmer berichteten begeistert über ihre Erlebnisse im Gemeinschaftslager.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 8. Januar 1935.

Amliches. In den dauernden Ruhestand versetzt wurde Steuerinspektor Knüppel bei dem Finanzamt Neuenbürg (auf Ansuchen).

Kundfunkvortrag über Verfassungsänderung am 9. 1. 1935. von 18.15 bis 18.30 Uhr, über: „Warum sollen Abiturienten auch praktische Berufe ergreifen?“ Berufsberater Dr. Kindler, Karlsruhe.

Mietänderungsanzeigen für die Einheitsbewertung 1935. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Für die Zwecke der Einheitsbewertung 1935 hatten die Hausbesitzer im Oktober 1934 eine Hausliste bzw. eine Mietnachweisung auszufüllen, in der die einzelnen Mieter ihres Hauses und die Jahresmiete zu zugeben waren. Da der Stichtag für die Bewertung der 1. Januar 1935 ist, müssen alle Änderungen in den Bewertungsgrundlagen (z. B. in der Jahresmiete, in der Größe des Grundstücks infolge Teilerkaufs oder Zukaufs im Eigentum am Grundstück), die bis zum 1. Januar 1935 eingetreten sind, dem Finanzamt unverzüglich mitgeteilt werden. Diese Angaben sind an das Finanzamt zu richten, in dessen Bezirk der Grundbesitz gelegen ist. Soweit die Mitteilungen noch nicht gemacht sind, müssen sie unverzüglich nachgeholt werden. Die Abgabe der Erklärungen kann durch Ordnungsstrafen erzwungen werden.

Zweerenberg, 7. Januar. Es war für uns vom C. B. Z. M. eine Freude, als unser württembergischer evang. Jungmännerbund uns zu einer Freizeit nach Zweerenberg einlud. Am Nachmittag des 3. Januar fand sich Trüpplein um Trüpplein beim Pfarrhaus ein. Das fröhliche begrüßen alter Freunde, Hand in Hand, Auge in Auge, das war schon ein Er-

leben für uns alle. Die liebe Pfarrfrau verstand es, all die ankommenden Freunde im Sturm zu gewinnen mit ihrem Guterzogenen und Apfelsaft. Nachdem Pfarrer Käßler die Quartierverteilung erledigt hatte, wurden die einzelnen Freunde ihren Gastgebern zugeführt. Es will etwas heißen, wenn 35-40 Mann vier Tage lang in so kleiner Gemeinde Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, aber wir standen unter dem Eindruck, daß es die Gemeinde nicht als Last, sondern als Lust empfunden hat und da und dort konnte man hören, ich hätte auch gerne ein oder zwei Jünglingsvereine gehabt. Jeden Abend um 7 Uhr fand im Pfarrhaus gemeinsames Nachessen statt und wir wunderten uns, wie die liebe Pfarrfrau es verstand, nicht nur alles fein und überaus reichlich, sondern auch mit strahlendem Gesicht gewürzt, darzubringen. Der Höhepunkt aber unserer Freizeiten ist und bleibt doch das Stadtbild des Wortes Gottes, welches unser Bundessekretär Schäfer mit Hilfe von Pfarrer Käßler uns darreichte. Nicht dergleichen wollen wir, was uns in einem Lutherorttrag dargebracht wurde und der marantische Missionar Samuel Hebiß Vortrag hat unsere jungen Herzen gefangen genommen. Wie glänzten die Augen unserer Freunde, als uns ein Bild unseres unangenehmsten Reichspräsidenten von Hindenburg gezeigt wurde. Wir sind stolz darauf, Glieder eines Volkes zu sein, dem Gott solche Männer geschenkt hat, welche ihr Leben in unermüdlicher Opferbereitschaft und unwandelbarer Treue dem geliebten Vaterland zu Füßen legen. Auch an dieser Stelle sei der ganzen Gemeinde Zwierenberg mit Filialen für alle Liebe und Opferwilligkeit herzlich gedankt, zumal uns der Herr Pfarrer verabschiedete mit dem Schwabengruß: „Kommt an“ wieder.“ Kl.

Bad Liebenzell, 7. Januar. (Berufung.) Bürgermeister Klepper wurde in seiner Eigenschaft als Leiter der Städtischen Kurverwaltung Bad Liebenzell zum Vizepräsidenten beim Landeslehrerverband Württemberg-Hohenollern berufen.

Freudenstadt, 7. Januar. (Massentransport von Schiffahrern.) Die Reichsbahn führte am Sonntag drei Sonderzüge nach Stuttgart, und zwar einen nach Freudenstadt und zwei nach Baiersbrunn, desgleichen waren es wieder drei Sonderzüge, und zwar einer ab Baiersbrunn, die abends wieder nach Stuttgart zurückzuführen. Außer den Sonderzügen wurden selbstverständlich auch wieder die fahrplanmäßigen Personenzüge benutzt, so daß die Reichsbahn nach und nach Freudenstadt bzw. Baiersbrunn etwa 2000 Personen befördert haben dürfte. Der Verkehr auf der Reichsbahn wickelte sich reibungslos ab; mit viel mehr Schwierigkeiten dagegen hatte die Reichspost zu kämpfen. Dadurch nämlich, daß auswärtige private Omnibusse ohne Schneefetten in das Kruchgebiet fuhren, fielen und blieben und den übrigen Verkehr aufhielten, war die Beförderung der von der Reichsbahn übernommenen 1500 bzw. 2000 Fahrgäste nur zum geringsten Teil möglich. Es konnten insgesamt nur 300 bis 400 Schiffahrer an ihr Ziel gebracht werden. Die Zahl der von Baiersbrunn nach Oberal-Ruhestein gebuchten Personen betrug etwa 250. Nach Freudenstadt bzw. Baiersbrunn wurden etwa ebenfalls 300 bis 400 bzw. 250 Personen rübergefördert.

Cresbach, 7. Jan. (Brand in einer Möbelschreinerei.) In der Möbelschreinerei Zäpfle, hier, brach am Samstagmittag ein Brand aus. Glücklicherweise wurde er bald entdeckt. Dank dem raschen Eingreifen der Belegschaft und eines Zuges der Feuerwehr konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden.

Horb, 7. Januar. (Getreidebau am 2. März 1935.) Zur Verbesserung der Getreideerzeugung, insbesondere der Herrichtung von Getreide für den Export wird im Rahmen der Erzeugungspläne am Samstag, den 2. März 1935, in Horb am Acker eine Getreidechau, die für die Bezirke Horb, Sulz, Freudenstadt, Nagold, Calw, Neuenbürg, Rottenburg, Oberndorf, Vödingen, Rottweil, Tuttlingen, Spaichingen und Haigerloch bestimmt ist, abgehalten. Davon sind von dem Bezirk Horb und Sulz je 80, von Freudenstadt 10 Proben zu liefern. Jede Probe muß 2 Kilogramm schwer sein. Die Veranstaltung soll den Bauern und Landwirten Gelegenheit geben, die Beurteilung von Marktgetreide nach den neuesten Anbauverfahren kennen zu lernen. Im Hinblick auf den beabsichtigten Zweck wird mit der Schau ein Preisbewerb verbunden sein. Grundfähig werden andere als Getreideproben, also solche von Kleben und Hülsenfrüchten, nicht prämiert. Was die Probeentnahme betrifft, so werden die Proben ohne Ankündigung vom marktsfähig gereinigtem Getreidebehalten des Ausstellers gezogen. In diesem Zusammenhang sei betont, daß es nicht gestattet ist, daß je eine Probe mehrere Sorten gleicher Fruchtart ausgestellt wird. Die Probeziehung erfolgt durch den Vorstand der Landwirtschaftsschule in Horb, Oekonomierat Schädel, an den auch die Anmeldungen bis spätestens 14. Januar 1935 zu richten sind. Am Ausstellungstag selbst findet eine öffentliche Bauernversammlung statt, auf der Vorträge über die verschiedenen Fragen des Getreidebaues gehalten werden.

Neuenbürg, 7. Jan. (Verhafteter Einbrecher.) Ein in einem Weinberg beschäftigter 21 Jahre alter Weinbergarbeiter, wie sich an verstreuter Stelle des Klingendachwegs ein Mann an einer Geldtasche zu schaffend machte und den Inhalt zu sich steckte. Der Weinbergarbeiter verständigte einen unterwegs befindlichen Arbeitskameraden, die dann zusammen die Verfolgung des Mannes aufnahmen, der zu flüchten versuchte. Er wurde aber eingeholt. Wie festgestellt wurde, hat der Verdächtige, ein verheirateter Mann namens Walz aus Untertürkheim, in der Mischhandlung Haug in Metzingen einen Einbruchsdiebstahl verübt, wobei er eine Geldtasche mit größerem Inhalt entwendete. Ferner haben die Ermittlungen ergeben, daß der Festgenommene neun weitere schwere Einbrüche in letzter Zeit verübt hat.

Eslingen, 7. Jan. (Gedächtnisfeier.) Die Fliegergruppe Eslingen gedachte im Fliegerheim ihres so früh verstorbenen Leiters und ehrte ihn durch die Einrichtung eines Gedächtnisraumes, der durch Fliegerkommandant Dr. Sommer seine Weihe erhielt.

Tettmang, 7. Jan. (Opfer der Diphtherie.) Die Diphtherie hat am Samstag das vierte Opfer gefordert. Das 9 Jahre alte jüngste Tochterchen Maria der Familie August Hank ist nach nur eintägiger Krankheit von der Diphtherie dahingerafft worden.

Särbel O. A. Biberach, 7. Jan. (Brand.) Am Montag früh ertönte Feueralarm. In dem Oekonomiegebäude des Müllers Franz Konrad war ein Brand ausgebrochen und griff mit talender Geschwindigkeit um sich. Die Wirtin prappte Ohnmacht über sich und schrie auf der Brandstelle. Das lebende und tote Inventar konnte gerettet werden. Nur das Futter ist ein Raub der Flammen geworden.

Wünsche des Führers

an die Stadt des Auslandsdeutschstums

Stuttgart, 7. Jan. Der Führer und Reichsleiter hat an Oberbürgermeister Dr. Strölin folgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit mir von Ihnen namens der Stadt und zugleich im Namen des Deutschen Auslands-Instituts überlieferten freundlichen Glückwünsche zum Jahreswechsel jage ich Ihnen meinen Dank. Auch bitte ich meine aufrichtige Dankagung, verbunden mit meinen herzlichsten Wünschen für das Gedeihen der Stadt und das Wohl ihrer Bürger, allen Einwohnern Stuttgarts zu übermitteln. Ebenso wünsche ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern vom Deutschen Auslands-Institut ein erfolgreiches Wirken im neuen Jahre. Mit deutschem Gruß!

(gez.) Adolf Hitler.

Ein Pfarrer tödlich verunglückt

Stuttgart, 7. Jan. (Autounfall.) Eine Stuttgarter Winterportgesellschaft, die sich in drei großen Omnibussen auf dem Wege nach der Schweiz befand, wurde am Sonntag früh in der Nähe der Gemeinde Windegg bei Stodach von einem schweren Unglück betroffen, das ein Menschenleben forderte. Infolge des Schneefalles war einer der großen Wagen ins Rutschen gekommen und über den Straßentrand gefahren. Um den zweiten und dritten Wagen zu warnen, begab sich einer der Insassen des ersten Omnibus, der 29 Jahre alte Pfarrer Weidener von Stuttgart, der der Christengemeinschaft angehört, nach rückwärts. Die beiden Wagen konnten rechtzeitig verständigert werden. Der dritte Wagen kam aber ebenfalls ins Rutschen. Der angelegte Gegenwärtige kippte um und begrub den Stadtpfarrer unter sich, der so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald starb.

Württ. Führertagung der SA.

Stuttgart, 7. Jan. Nicht weniger als 2400 Hitlerjugend-Führer, dazu 3000 Führer des Jungvolks und etwas über 1500 SA-Führerinnen trafen in den Sonntagsmittagsstunden zum großen Appell hier ein. Um 4 Uhr nachmittags fanden die Tausende im Schlosshof mit ihren Fahnen in Reich und Glied und begrüßten ihre Führer, neben dem Gebietsführer Sundermann den zu dieser Feier von Berlin gekommenen Obergebetsführer in der Reichsjugendführung, Hellmuth Stellrecht. In langen Kolonnen ging es dann in die Stadthalle. Als die Veranhaltung um 6 Uhr begann, war die Festsäle bis zum letzten Platz gefüllt. Auf der Ehrentribüne wohnten Reichsstatthalter Murr, der stellv. Gauleiter Schmidt u. a. der Kundgebung bei. Nach kurzen Einführungsworten des Gebietsführers, der als Lösung für 1935 „Entwicklung“ ausgab, ergriß Obergebetsführer Stellrecht das Wort zu einer aus Gesicht und Wesen des deutschen Volkes schöpfenden Rede das Wort „Drei Worte“. So sagte er, „sollen in jedem Jungen und Mädchen verankert sein: Schicksalsverbundenheit mit dem Volk, Tapferkeit und Treue. Als Schwabe lag es ihm nahe, zur Vermittlung dieser Tugenden den alten Schwabenpruch „Furchtlos und treu“, mit dem die württembergischen Regimenter in den Krieg gezogen sind, zu zitieren, um die verammelte Jugend zu ermahnen, es den Tapieren draußen an der Front gleichzutun. Das letzte Jahr war ein Jahr der Schulung. Das neue soll der Erleichterung gewidmet sein, der körperlichen und der weltanschaulichen jene in Gehalt von Turnen und Sport, die durch die Heimabend-Aktion, die weitergeführt werden wird.“ Eine reiche Folge von gelungnen und sprechenden Darbietungen, unterstützt durch eindrucksvolle symbolische Lichtbilder reichte sich an. Der Gemeinschaftsgefang des Bundesliedes entließ die Verammelten zum Japsenreich, der um 9 Uhr auf dem Marktplatz in feierlicher Abendstimmung den Tag vollendete. Mit der Kundgebung wurde in der Stadthalle zugleich eine sehr anschauliche und lehrreiche Ausstellung „Das nationalsozialistische Jahr“ eröffnet.

Arbeitstagung der Hitlerjugend

Stuttgart, 7. Jan. Am Montag vormittag fand in der Stadthalle die große Arbeitstagung der Hitlerjugend- und Jungvolksführer und SA-Führerinnen des Gebietes Württemberg statt. Zu Beginn sprachen Gauleiter Murr über Schulungspläne, Untergruppenführer Weigold über die Aufgaben des sozialen Amtes im neuen Jahr. Oberregierungsrat Dr. Trüb sprach als Vertreter des Kultusministeriums und des NS-Lehrerbundes über das Verhältnis von HJ und Schule, wobei er die Wichtigkeit enger Zusammenarbeit von HJ, Elternhaus und Schule hervorhob. Gebietsführer Sundermann betonte in seiner Ansprache, daß wir Jungen auf allen Gebieten des Lebens den Dingen ein neues Gesicht geben wollen. Wir wollen Sozialismus der Tat. Unsere Waffe ist der Angriff. Reichsstatthalter und Gauleiter Murr sprach über die Grundbegriffe des Lebens: Volk, Blut und Rasse — Deutschland hinter diesen höchsten Werten tritt alles andere zurück. Im Nationalsozialismus die Freiheit, im Sozialismus die Ehre, das müssen die Begriffe eures Lebens sein, rief der Gauleiter der württembergischen Jugend zu, dann ließ ihr Nationalsozialisten. Begeistert sangen die Hitlerjugenden das Lied der Hitlerjugend als Bekenntnis zum Führer.

Das Kind mit den vier Urgroßmüttern

Bellheim O. A. Bellheim, 7. Jan. Am 5. August 1934 wurde hier ein Knabe geboren, der sage und schreibe vier jezt noch hier lebende Urgroßmütter sein eigen nennt. Das Kind heißt Kurt Kägele und ist der Sohn des August Kägele, Lokomotivführers hier und seiner Ehefrau Frida geb. Eisele (Ochsenwitzs Tochter). Die vier Urgroßmütter sind, dem Alter nach geordnet: Christiane Eisele geb. Kägele, Witwe des Christoph Eisele, gem. Ochsenwitzs hier, 96 Jahre alt, Marie Eisele geb. Eisele, Witwe des Gottlieb Eisele, gem. Weinbergers hier, 92 Jahre alt, Friederike Kägele geb. Grünwald, Witwe des Friedrich Kägele, gem. Weinbergers hier, 90 Jahre alt, und Friederike Hengeler geb. Abele, Witwe des Friedrich Hengeler, gem. Weinbergers hier, 74 Jahre alt. Bei Marie Eisele und Friederike Kägele handelt es sich um die Urgroßmütter väterlicherseits, bei Christiane Eisele und Friederike Hengeler um solche mütterlicherseits.

Auf Baden

Welsbach, 7. Januar. (Lastwagenzug durchbricht im Murgtal eine Bahnstrasse.) Ein von Fording kommender, mit Langholz beladener Lastwagenzug durchbrach am Samstagmorgen gegen 9.30 Uhr bei Station Welsbach die geschlossene Bahnstrasse. Der Bahnwärter erlitt durch Querschlägen erhebliche Verletzungen. Der aus Richtung Kallstatt kommende Güterzug konnte dank der Geistesgegenwart des Zugpersonals noch im allerletzten Augenblick zum Halten gebracht werden. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Der Zugverkehr konnte nach einiger Zeit wieder aufgenommen werden. Man nimmt an, daß der noch glimpflich abgelaufene Unfall durch Verlegen der Autodrehsen verursacht wurde.

Worzhelm, 8. Januar. Jüdische Kuffläufer verbreiten planmäßig das Gerücht, daß die Reichsregierung beabsichtige, sämtliche Goldmengen im Privatbesitz einschließlich der kleinsten Schmuckstücke und der Trauringe (1) zu beschlagnahmen. Die Juden wollen damit einen Teil der Bevölkerung veranlassen, seine Goldwaren „rechtzeitig und zu guten Preisen“ loszuschlagen. Das erschöpfte Edelmetall wird dann von ostjüdischen Händlern eingeschmolzen und in den verschiedensten Formen ins Ausland, vorwiegend nach Holland, eingeschmuggelt. Die Juden haben für ihre Gaunergeschäfte regelrechte Organisationen aufgezogen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Eben Hedra Teilnehmer der Zeppelin-Brasilienfahrt. Der bekannte Wissenschaftler Eben Hedra hat eine Einladung zur Teilnahme an der geplanten Forschungsfahrt des neuen Zeppelins in das Innere Brasiliens angenommen.

Danziger Besuch in Warschau. Der Empfang des Danziger Senatspräsidenten Greiser auf dem Bahnhof in Warschau fand Montag um 9 Uhr früh statt. Zur Begrüßung waren auf dem Bahnhof erschienen Minister Kawadzi u. a.

Kubanischer Schoner gesunken — Sieben Tote. Ein kubanischer Schoner mit 12 Mann Besatzung stieß drei Meilen von Havana entfernt mit einem anderen Fahrzeug zusammen und ging sofort unter. Fünf Mann konnten gerettet werden, während die übrigen sieben Mann den Haijischen zum Opfer fielen.

An Fleischvergiftung erkrankt. Am Sonntag wurden 12 Personen in Kassel aus dem benachbarten Groß-Almerode, die beim Schweinefleisch geholfen hatten, in das Landeskrankenhaus mit Vergiftungserscheinungen eingeliefert. Später wurden noch weitere acht Erkrankte in Kassereler Krankenhäuser übergeführt. Die Vergiftung soll nicht auf den Genuß des Schweinefleisches, sondern auf das zugekaufte Rindfleisch zurückzuführen sein.

Kälte und Schneefälle in Griechenland. In ganz Griechenland ist starke Kälte eingezogen. Die Gebirgsdörfer melden Schneefälle. Viele Verbindungen sind unterbrochen. Manche Dörfer in Makedonien sind von jedem Verkehr abgeschnitten.

Storben

Waltersbrunn: Karl Daisch, fr. Gerbereibesitzer.

Altensteig-Stadt

Um den Grundstock für ein

Heimatmuseum

zu schaffen, wird die hiesige Einwohnerschaft gebeten, geeignete Gegenstände wie Hausgeräte, Handwerkzeuge, Urkunden und dergl. beim Bürgermeisterrat oder bei Bürgermeister i. R. Feldweg im Laufe der nächsten 2 Wochen anzumelden.

Bürgermeisterrat: Kalmbach.

Dorfwiler.

Die Gemeinde verkauft

312 Fm. Forst- u. Tannen-
Lang- und Eßholz
I.—VI Klasse in 4 Losen.

Schriftliche Angebote wollen eingereicht werden bis Donnerstag, den 10. Januar 1935, nachmittags 2 Uhr beim Bürgermeister.

Gemeinderat.

Ettmannswiler, den 8. Januar 1935.

Danksagung



Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

Michael Waidelich

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Klein, für den erhebenden Gesang des Herrn Lehrer mit dem gemischten Chor, sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Rechtliche Nachrichten

Danksagen des Stabschefs

Berlin, 7. Januar. Stabschef Luhe erläßt folgenden Aufruf: Das Weihnachtsfest, mein Geburtstag und die Jahreswende haben mir eine Anzahl von Grüßen und Glückwünschen aus allen Volksteilen eingetragen.

Meine Arbeitsüberlastung als Stabschef und als Oberpräsident der Provinz Hannover machen es mir unmöglich, allen, die bei den vorgenannten Anlässen meiner so freundlich gedacht haben, persönlich zu danken.

Ich erwidere die mir gespendeten Grüße und Wünsche deshalb aus aufrichtigem Herzen auf diesem Wege. Mein Dank soll meine fernere Arbeit für Führer, Volk und Vaterland sein.

Berlin, 7. I. 1935. gez. Luhe, Chef des Stabes der SA. der NSDAP.

5 Personen durch brennendes Benzin schwer verletzt
Mährisch-Odrau, 7. Januar. In dem Orte Barlow ereignete sich am Montag ein schweres Brandunglück. Der 24jährige Schlosser Stanek wollte seine Taschenluhr mit Benzin reinigen; zu diesem Zweck goß er aus einer größeren Flasche Benzin auf einen Teller, ohne zu beachten, daß in dem Zimmer eine Petroleumlampe brannte. Die Benzindämpfe entzündeten sich und im Umhine standen nicht nur die Wohnungseinrichtung, sondern auch die Kleider der in dem Zimmer anwesenden fünf Personen in Flammen. Alle fünf sprangen aus den Fenstern, um im Schnee die Flammen zu löschen. Trotzdem erlitten sie alle schwere Brandwunden. Bei dreien besteht sogar Lebensgefahr.

Die französische Marinepolitik

Gescheitertes Zusammengehen mit Japan

London, 7. Januar. Wie Reuter aus Tokio meldet, hatte der dortige französische Botschafter mit dem japanischen Minister des Auswärtigen Hirota eine Unterredung über Flottenfragen. Dabei teilte er dem Minister des Auswärtigen mit, daß Frankreich mit dem ihm auf Grund des Londoner Flottenvertrages zugewiesenen Höchstmaß an Schiffsraum für leichte Streitkräfte nicht zufrieden sei. Angesichts der auf dem Gebiete der internationalen Flottenpolitik eingetretenen Veränderungen wünsche Frankreich ferner, daß auch andere Mächte, vor allen Dingen Deutschland, zur Teilnahme an einer Flottenkonferenz eingeladen werden. Reuter zufolge hat Hirota hierauf geantwortet, daß Japan die Heranziehung anderer Mächte, außer den Signatären des Vertrages von Washington, zu einer Flottenkonferenz nicht wünsche.

Rückkehr Sir John Simons nach London

Paris, 7. Januar. Der englische Außenminister Sir John Simon, der auf der Rückreise nach London am Montagvormittag in Paris eingetroffen war, hat gegen mittag die Weiterreise mit der Eisenbahn angetreten. Sir John Simon beabsichtigte ursprünglich, nach London zu fliegen. Infolge der äußerst schlechten Witterungsverhältnisse über Frankreich mußte er aber davon Abstand nehmen.

Wohnung
für sofort oder später gesucht.
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Gesucht für Anfang Febr. ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
nicht unter 20 Jahren
G. Moyer, Kronenbrauerei Nagold.
2-Zimmer-
Ab heute Wiederbe-
glaub der regelm.
Tanzstunden in stän-
dlichen Abteilungen
Dienstag 5—7/7 SchülerInnen
8—10 akt. Turner
Mittwoch 7/6-7/4 Schüler
Donnerstag 8-10 TurnerInnen
Regelm. Tanzstundenbesuch
aller wird erwartet.
Tanzgemeinde Altensteig 1848
Eine junge, fehlerfreie
**Auß- und
Schaffstab**
verkauft
Jakob Stehl, Altensteig.

Bekanntmachungen der NSDAP.
NSDAP, Ortsgruppe Altensteig
Die Stützpunkte und Ortsgruppen der Parteizelle II, ebenso die Block- und Zellenleiter der Ortsgruppe Altensteig holen heute noch die Saartreueplaketten bei mir ab.
Stellv. Ortsgruppenleiter.

Morgen abend Körperschule. Teilnehmer für SA-Sport-Abzeichen müssen anwesend sein.
NSDAP in der SA, Standort Altensteig
Wir haben heute Heimabend. Die Standortführerin.
Deutsche Arbeitsfront, Ortsgruppe Altensteig
Heute Dienstag, den 8. Januar 1935, findet für sämtliche Betriebs-, Zellen- und Blockwaller der Ortsgruppe Altensteig eine Besprechung statt, an der teilzunehmen Pflicht ist, da dringend notwendig. Anfang punkt 8 Uhr abends in der Restauration zum Bahnhof Altensteig. Der Ortsgruppenwaller.
Kreisleitung Nagold
Mittwoch, den 9. Januar 1935, abends 8 Uhr findet für sämtliche Ortsgruppen- und Stützpunktleiter im Saal der Kreisleitung (altes Postamt) eine besonders wichtige Besprechung statt. Der gesamte Kreisstab versammelt sich schon um 7 Uhr im Besprechungszimmer. Entschuldigungen darf es ohne triftigen Grund nicht geben.
Kreisgeschäftsführer.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen
Bekanntmachung der Kreisleitung Freudenstadt
Kreistag am 13. Januar. Der erste Kreistag für das Jahr 1935 ist auf den 13. Januar 1935 festgesetzt. Sollte an diesem Tag die württ. Stimmrechtskarte in Freudenstadt stattfinden, dann wird die Tagung um acht Tage verschoben. Dies wird rechtzeitig am Schwarzen Brett bekanntgegeben. — Vert.: Amt für Propaganda. Mit der Leitung des Amtes für Propaganda wird mit sofortiger Wirkung der alte Pg. Fritz Weinkauff, Freudenstadt, beauftragt. Weinkauff wird im Rang eines Unterabteilungsleiters dem Kreisstab zugeteilt.

Kreisleitung Neuenbürg
Heute Dienstag, den 8. Januar, nachmittags 4—6 Uhr findet in der Geschäftsstelle der NSDAP in Neuenbürg eine Sprechstunde des Kreisleiters Pg. Köppl statt. Parteigenossen, die in irgend einer Angelegenheit den Kreisleiter Pg. Köppl sprechen wollen, werden gebeten, sich in der obengenannten Zeit dort einzufinden.
Kreisleitung
Deutsche Arbeitsfront, Kreisbetriebsgemeinschaft Handel
Fachgr.: Gashältengewerbe, Berufsbildungsamt Wildbad.
Die Schulungsnachmittage für geprüfte Kellnerinnen nehmen im Kreis Neuenbürg ab 8. Januar ihren Anfang und zwar jede Woche Dienstags v. 2—4 Uhr in Wildbad, Hotel Wildbader Hof; Mittwochs nachm. in Herrenalb, Hotel Kühler Brunnen; und Freitags in Liebelsell, Hotel Adler. Die Betriebsführer werden ersucht, alle ihre Bediensteten zu diesen Schulungsnachmittagen zu entsenden. Mit der Durchführung beauftragt
Berufsbildungsamt Wildbad.
Druck und Verlag: W. Riekersche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptverteilung: L. Lauf, Anzeigenleitung: Gust. Wagnlich, Altensteig. D. A. d. I. Nr.: 2100

HAROLD
Wer ist riesengroß
HAROLDs Preis gering.
2,70 RM. zahlt man bloß
für das Wunderding!
3 Jahre RM. 2,70 3,15 3,60
Garantie Machen Sie bitte eine Schreib-
probe bei
Buchhandlung Lauk, Altensteig.

HAROLD
Wer ist riesengroß
HAROLDs Preis gering.
2,70 RM. zahlt man bloß
für das Wunderding!
3 Jahre RM. 2,70 3,15 3,60
Garantie Machen Sie bitte eine Schreib-
probe bei
Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Eine große Auswahl
von
Geschäftsbüchern
aller Art
finden Sie in der
Buchhandlung Lauk
Altensteig.

Grünen Baum Lichtspiele.
Samstag und Sonntag

Hitlerjunge Quex

Drucksachen
aller Art
liefert schnell, sauber und preis-
wert die
W. Riekersche Buchdruckerei
Altensteig, Fernsprecher Nr. 321.

Am Mittwoch, den 9. Jan.
mittags 1 Uhr sehe ich einen
Wurf ans Fressen gewöhnte
**Wild-
Schweine**
dem Verkauf aus
Gottlob Schleich, Grömbach
Verkaufe ein Paar
**Panfer-
Schweine**
tauche auch gegen ein fet-
tes Schwein.
Rathhaus Frey
Ettmannswiler.

